

1 INTERPART – Interkulturelle Räume der Partizipation. Eine Einführung

- 🔍 Hier geht es zum Glossar.
- 📖 Hier geht es zu den Methoden, Artefakten und Werkzeugen.
- ↪ Hier wird das Thema weiter vertieft.

Auftakt

- A: „Ist Digitalisierung ein Instrument, dem Sie Bedeutung zumessen, speziell bei der Beteiligung von Menschen nicht-deutscher Herkunft oder von unterschiedlichen Generationen mit Migrationshintergrund?“
- B: „Für mich wäre es spannend, mal herauszufinden, wo die Chancen und Grenzen von digitaler Beteiligung liegen. Aber warum sollte das Thema Migranten mehr betreffen als andere? [...] Eine Rolle spielt sicherlich die Sprache. Ich glaube, darin liegt eine Chance für die Kommunikation der Gruppen untereinander, weil digitale Angebote einfach zeit- und raumunabhängig sind [...]. Aber es erfordert ein komplett anderes Denken, und für die Verwaltung ist es mit einem höheren Maß an Unsicherheit verbunden.“
- A: „Ist das etwas, womit Verwaltung gut umgehen kann?“
- B: „Es gibt bestimmt einige technische Voraussetzungen, die man uns beibringen müsste. Und der Rest wäre zu sagen: Probiert es aus, habt Mut und spielt es mal exemplarisch durch [...]. Ich muss eigentlich Experimentierfreudigkeit wecken [...].“

Auszüge aus einem Interview mit einem Mitglied der verwaltungs-internen Projektgruppe (B) in Wiesbaden

INTERPART: Strategien für Interkultur in der (digitalen) Beteiligung in Stadtplanung und Stadtentwicklung

Wie können Räume für Beteiligung und Dialog in Stadtplanung und Stadtentwicklung interkulturell gestaltet werden, und welche Rolle können digitale Dienste dabei spielen?

Mit diesen Fragen beschäftigten sich Forscher*innen aus Wissenschaft, Verwaltung, Beratungs- und Beteiligungspraxis im Forschungsprojekt INTERPART. Der Name steht für „INTERkulturelle Räume der PARTizipation“. Das Projekt wurde von 2018 bis 2021 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Förderlinie „Migration und gesellschaftlicher Wandel“ gefördert. Die Förderlinie zielte – stark verkürzt gesagt – darauf ab zu verstehen, wie Zuwanderung institutionellen Wandel befördert. Unser Fokus richtete sich mit einem eher breiten Verständnis von Institutionen auf Beteiligung in Stadtplanung und Stadtentwicklung. Gemeinsam mit Vertreter*innen von Behörden, lokalen Initiativen und Stadtteilbüros in Berlin und Wiesbaden suchte das Forschungsteam im Rahmen von zwei Reallaboren (ausführlich zu diesem Forschungsformat: ↪ Kap. 2) nach strategischen Ansatzpunkten für mehr Interkultur in der analogen und digitalen Beteiligung.

Die obigen Interview-Auszüge geben einen ersten Eindruck davon, wie vielschichtig das Forschungsthema ist: Was kann das sein, ein interkultureller Dialog-Raum? Meinen wir – in Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – dasselbe, wenn wir von Beteiligung in der Stadtentwicklung sprechen? Wann und warum könnte ein Migrationshintergrund Einfluss darauf haben, wie jemand städtische Räume erlebt und nutzt, ob er*sie an Beteiligungsveranstaltungen teilnimmt? Was kann Interkultur bedeuten vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Debatten um Identität, Kultur und Rassismus? Und nicht zuletzt: Wie können wir über diese Fragen nachdenken in Zeiten, in denen analoge und digitale Räume untrennbar miteinander verwoben sind?

In diesem Lesebuch präsentieren wir zentrale Ergebnisse, Erfahrungen und Einsichten aus unserer Forschung. Dabei erheben wir nicht den Anspruch, eine abschließende Antwort auf die gestellten Fragen zu geben. Wir sind davon überzeugt, dass es diese eine Antwort nicht gibt. Vielmehr möchten wir zeigen, welche theoretischen Konzepte, methodologischen Überlegungen und normativen Prinzipien unsere Forschung geleitet haben, was wir im Forschungsprojekt konkret gemacht haben und welche Schlussfolgerungen wir aus unseren Erfahrungen ziehen. Wir möchten damit Denkanstöße geben, wie Beteiligung in der Stadtentwicklung interkulturell und mithilfe digitaler Medien gestaltet werden kann.

Mit dem Lesebuch laden wir die Leser*innen dazu ein, sich selbst mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, unsere Ansätze weiterzudenken und eigene Ideen für die Umsetzung zu entwickeln. Wir möchten außerdem ‚Denkräume‘ eröffnen, indem wir Ihnen, liebe Leser*innen, Fragen mitgeben, die uns selbst umgetrieben haben. Aus diesen Gründen haben wir uns für ein ‚Lesebuch‘ entschieden, das offener als ein wissenschaftliches Fachbuch konzipiert ist, zum Mitdenken anregt und auch auszugsweise nach Kapiteln gelesen werden kann.

Dieses erste Kapitel stellt das Projekt INTERPART vor: den Anlass, den Kontext, den Forschungsanspruch und den Forschungsprozess.

Anlass: Wieso dieses Projekt?

K: „Ich würde sagen, dass in Berlin die Anforderungen an alle durch eine verstärkte Bürgerbeteiligung gestiegen sind. Die Dialogbereitschaft aufseiten von Politik und Verwaltung, aber auch bei Trägern und Zivilgesellschaft ist hoch. Das zeigte sich auch bei der Entwicklung der Leitlinien Bürgerbeteiligung. Die Stadtgesellschaft fordert ein, beteiligt zu werden. Daraus ergeben sich viele offene neue Formen und Ansätze im Austausch,

und die Kriterien für den Wert von Bürgerbeteiligung geraten stärker in den Fokus, sowas wie Legitimität, Gerechtigkeit, Effektivität [...]. Auch die Machtfrage stellt sich: Wie kann man Leute beteiligen, die sonst wenig Einfluss haben? Und wie kann man möglichst viele beteiligen, um ein möglichst großes Bild von den Interessen der Menschen zu bekommen?“

G: „Durch die Leitlinien Bürgerbeteiligung hat sich in Wiesbaden wirklich etwas verändert. Es findet viel mehr Beteiligung statt. Wir machen uns Gedanken, wie wir möglichst vielfältig Menschen dazu einladen. Einen Fokus auf verschiedene Zielgruppen gab es bislang allerdings nicht.“

K: „Der Blick auf Zielgruppen wird der gesellschaftlichen Realität häufig ohnehin nicht gerecht. Zum Beispiel geht es ja nicht um eine einheitliche Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne der Zugehörigkeit zu einer speziellen ethnischen Gruppe, sondern auch um Milieus, Einstellungen und Werte. Da muss man differenzieren [...].“

Auszüge aus einem Podiumsgespräch zwischen zwei Ko-Forscherinnen aus der Berliner (K) und der Wiesbadener (G) Verwaltung beim INTERPART-Auftaktworkshop in Berlin im Juni 2018

Seit den 1970er Jahren gibt es \circ Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung. Für viele Planungsprozesse ist sie gesetzlich vorgeschrieben. Häufig gehen Beteiligungsangebote aber auch über die gesetzlichen Vorgaben hinaus. Stadtplaner*innen laden Bewohner*innen, Gewerbetreibende und andere städtische Akteure ein, zu ihren Plänen Stellung zu nehmen oder eigene Vorschläge für die zukünftige Stadtentwicklung zu machen. Wie auch die obigen Auszüge aus einem Dialog zweier Forschungspartnerinnen zeigen, wünschen sich Planer*innen, dass sich möglichst viele Menschen an solchen Verfahren beteiligen.

Einerseits geht es ihnen darum, dass sie ein umfassendes Bild von der Situation in einer Stadt oder einem Stadtteil bekommen. Andererseits wollen sie Menschen bestärken, die Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung und ∞ Teilhabe zu nutzen.

In der Praxis nehmen manche Bevölkerungsgruppen regelmäßig an Verfahren der Bürgerbeteiligung teil, andere hingegen nicht. Studien sprechen davon, dass dies mit dem gesellschaftlichen ∞ Milieu zusammenhängt, dem jemand angehört (Beck, 2011; vhw, 2009, 2018). Dies gilt für Menschen mit ebenso wie für Menschen ohne Migrationsgeschichte. INTERPART ging von der Frage aus, wie die Teilhabe an Planungsprozessen und stadtpolitischen Entscheidungen für unterschiedliche zugewanderte Gruppen – mit und ohne deutschen/europäischen Pass, mit und ohne Bleibeperspektive – erweitert werden kann. Im Laufe des Projekts richteten wir den Fokus jedoch darauf, Teilhabemöglichkeiten generell auszubauen – für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Ziel von INTERPART war es, Beteiligungsprozesse und deren institutionelle Rahmenbedingungen unter Zuhilfenahme digitaler Dienste und ∞ Artefakte so zu gestalten, dass sich insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte angesprochen fühlen, die bisher häufig unterrepräsentiert sind. Bei der begrifflichen Unterscheidung orientieren wir uns am Berliner Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (Part-MigG), das am 16. Juni 2021 verabschiedet wurde: Ein Migrationshintergrund bedeutet demzufolge, dass jemand selbst oder mindestens ein Eltern- oder Großelternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. Der Begriff ‚Migrationsgeschichte‘ ist breiter und weniger statisch. Er umfasst Personen mit Migrationshintergrund, aber auch Personen, denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird, z. B. aufgrund ihres Aussehens, ihrer Sprache, ihres Namens, ihrer Nationalität oder ihrer Religion. Menschen mit Migrationsgeschichte sind ebenso vielfältig wie die Gesellschaft selbst und machen ähnliche, aber auch unterschiedliche Erfahrungen. Wir denken, dass es spezifische Erfahrungen gibt, die zwar nicht alle Menschen mit Migrationsgeschichte machen, Menschen ohne Migrationsgeschichte

jedoch in der Regel nicht. Deshalb arbeiten wir mit dem Begriff in der Hoffnung, allzu simples Schubladendenken zu vermeiden.

INTERPART im Kontext

Diese Themen beschäftigen natürlich nicht nur uns. Viele Hand- und Methodenbücher enthalten Merkposten für ‚gute‘ (digitale) Beteiligung und machen Vorschläge, wie Beteiligung unterschiedliche Bevölkerungsgruppen erreichen kann (in unseren Partnerstädten z. B. das „Handbuch Partizipation“ der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, 2011). In vielen Kommunen haben in den vergangenen Jahren Leitlinienprozesse stattgefunden. Hier verständigten sich Politik, Verwaltung und Bevölkerung gemeinsam darauf, wie Beteiligung in ihrer Stadt zukünftig ablaufen soll (Paust, 2019). Auch in den beiden an INTERPART beteiligten Städten Berlin und Wiesbaden gibt es Leitlinien für Bürgerbeteiligung (SenSW, 2019; Landeshauptstadt Wiesbaden, 2015). Die Zahl der Ratgeber, Erfahrungsberichte und Handbücher, aber auch der kritischen Stimmen zu ‚guter‘ (Online-)Bürgerbeteiligung hat in den vergangenen Jahren zugenommen (z. B. BBSR, 2017; Fründt & Laumer, 2019; Kuder, 2017; Selle, 2019).

Auch die Debatte zu Interkultur (↪ Kap. 4 und Kap. 8) und vor allem zu (Anti-)Rassismus (↪ Kap. 5) wird heute nicht mehr nur in sozial- und kulturwissenschaftlichen Fachkreisen geführt (z. B. Bukow & Cudak, 2017; Hark & Villa, 2017; Klare, 2017; Terkessidis, 2018). Auch die Black-Lives-Matter-Bewegung aus den USA hat den Themen in Deutschland zu mehr Aufmerksamkeit verholfen. In Feuilletons, Sachbüchern, Print- und Online-Medien melden sich (nicht nur) ∞ People of Colour zu Wort, die rassistische Strukturen aufdecken und dazu auffordern, sich kritisch damit auseinanderzusetzen (z. B. Amjahid, 2021; Hasters, 2020; Ogette, 2018; Oluo, 2020). Die Themen Herkunft, Fremdheit und Rassismus werden in preisgekrönten Romanen verhandelt (z. B. Güngör, 2019; Ohde, 2020; Stanišić, 2019). Auch in der Theater- und der

Comedy-Szene gibt es explizite Auseinandersetzungen mit kulturellen Vorurteilen und Begegnungen, z. B. in der Figur Jilet Ayşe von Idil Baydar.

Die genannten Debatten sind nach wie vor in vollem Gange und werden in absehbarer Zeit auch nicht abgeschlossen sein. Mit Blick auf INTERPART inspirierten sie sowohl den Anspruch, den wir an unsere Forschung formulierten, als auch den Forschungsprozess selbst.

Der Forschungsanspruch: Transdisziplinär, transformativ, partizipativ

Für die Auseinandersetzung mit diesen Themen wählte das Projekt den Zugang des Reallabors (↪ Kap. 2). Das Forschungsteam hatte dabei den Anspruch, transdisziplinär, transformativ und partizipativ zu forschen:

Transdisziplinär bedeutet, dass nicht nur Wissenschaftler*innen in einem Projekt forschen. Denn gerade für die Lösung gesellschaftlicher Probleme ist neben theoretisch-wissenschaftlichem Wissen auch Erfahrungswissen aus der Praxis relevant. Daher sind auch Praxisakteure als sogenannte Ko-Forscher*innen in die Forschung eingebunden: Menschen, Institutionen und Initiativen, die beruflich oder persönlich mit dem Forschungsthema zu tun haben.

Transformativ bedeutet, dass ein Forschungsprojekt Probleme nicht nur beschreibt und analysiert. Im Forschungsprozess suchen Forscher*innen und Ko-Forscher*innen auch schon gemeinsam nach Lösungsstrategien und versuchen, diese umzusetzen. Aus den Erfahrungen ziehen sie Schlussfolgerungen, um die Strategien entweder zu überarbeiten und/oder dauerhaft bei den beteiligten Akteuren zu verankern.

Partizipativ bedeutet, dass die Forschung nicht nur für das Forschungsteam ertragreich sein soll. Vielmehr soll sie auch den Ko-Forscher*innen neue Erkenntnisse bringen, mit denen diese in ihrer Praxis oder ihrem Alltag unterstützt werden. Mithilfe par-

tizipativer Forschungsmethoden soll vor allem Menschen Gehör verschafft werden, die sonst eher selten zu Wort kommen.

Mit einer Kombination dieser drei Prinzipien bezog INTERPART unterschiedliche soziale und inhaltliche Positionen ein. Ausgangspunkt war die Annahme, dass Wissen immer ‚situier‘ ist (Haraway, 1988). Das bedeutet, dass Forscher*innen – ebenso wie z. B. Stadtplaner*innen oder Stadtbewohner*innen – eine bestimmte gesellschaftliche oder räumliche Position einnehmen. Von dort aus können sie manche Dinge gut erkennen und nachvollziehen, andere hingegen nicht. Zum Beispiel haben Stadtplaner*innen einen anderen Blick auf einen Stadtteil als Menschen, die dort leben oder ein Gewerbe betreiben. Durch eine Vielzahl von Positionen aus Wissenschaft und Praxis in INTERPART wollten wir möglichst differenzierte Antworten auf unsere Forschungsfragen bekommen. Wie wir die Ko-Forschung mit Praxispartner*innen in unseren Reallaboren organisiert haben und welche Institutionen und Initiativen an INTERPART auf welche Weise beteiligt waren, erläutern wir weiter unten ausführlich (↪ Kap. 2).

Doch eine Vielzahl von Positionen einzubeziehen, bedeutet nicht, dass diese automatisch gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Über den gesamten Forschungsprozess hinweg waren wir immer wieder mit dieser Frage konfrontiert: Wie können wir damit umgehen, dass einige Positionen, denen wir begegneten, privilegiert sind, andere hingegen diskriminiert oder rassistisch abgewertet werden? Vielen von uns fällt es vergleichsweise leicht, wissenschaftlich-distanziert über gesellschaftliche Ungleichheiten und Ungleichbehandlungen zu sprechen. Geht es um das eigene Forschungsteam, ist das schon sehr viel schwieriger. Auch im Austausch mit den Ko-Forscher*innen stellte sich immer wieder die Frage, wie sich gesellschaftliche Verhältnisse und struktureller Rassismus auf Vorannahmen, Vorgehen oder Interpretationen der Beteiligten im Forschungsprozess auswirken.

Diese Fragen sind umso wichtiger, weil rassistische Strukturen auch in Deutschland tief verankert sind. Weder das Forschungsteam noch die beteiligten Ko-Forscher*innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft können für sich in Anspruch neh-

men, damit nichts zu tun zu haben. Um diese Strukturen zu verändern, braucht es – so das Argument von INTERPART – einen interkulturellen Dialog, in dem unterschiedliche Erfahrungen nicht geleugnet, sondern angehört und in Beziehung gesetzt werden (↪ Kap. 4 und Kap. 5). Aus dieser Erkenntnis heraus erhielten das Erzählen und das Zugänglichmachen von persönlichen Erfahrungen und Geschichten im Laufe von INTERPART einen immer größeren Stellenwert (↪ Kap. 6).

Der Weg ist das Ziel: Der INTERPART-Forschungsprozess

INTERPART stellte die Frage nach institutionellem Wandel und nach analogen und digitalen Strategien für mehr Interkultur in der Beteiligung. Von Beginn an war klar, dass es dabei um mehr geht als um handwerkliche Fragen und passende Methoden. Die Erfahrungen, die wir zu Beginn unserer Forschung in Berlin und Wiesbaden machten, zeigten: Zwar mag es an der einen oder anderen Stelle durchaus Ressourcen-, Kompetenz- oder methodische Defizite geben. Die meisten Planer*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen, mit denen wir sprachen, waren sich jedoch der Anforderungen an ‚gute‘ Beteiligung sehr bewusst. Schließlich hatten beide Städte vor kurzem in aufwändigen Prozessen Leitlinien für die Bürgerbeteiligung erarbeitet und nehmen im deutschlandweiten Vergleich mit anderen Städten eine Vorreiterrolle bei diesem Thema ein.

Die ‚Barrieren‘ für mehr Interkultur in der Beteiligung finden sich demnach häufig auch außerhalb einzelner Beteiligungsverfahren oder unmittelbarer Beteiligungssituationen. Deshalb nahm INTERPART auch den institutionellen Rahmen in den Blick, in dem Beteiligung in der Stadtentwicklung organisiert wird. In diesem Rahmen wird u. a. definiert, was unter Beteiligung verstanden wird, wessen Aufgabe sie ist, welche Erwartungen an Interkultur existieren und wie digitale Dienste eingebunden werden können. In einem internationalen Symposium stellten wir Expert*innen aus

mehreren europäischen Ländern das INTERPART-Forschungskonzept vor und entwickelten es mithilfe ihrer Expertise weiter (Gliemann & Seydel, 2018; Kotzke & Piechura, 2019). Gemeinsam mit den Ko-Forscher*innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft in Wiesbaden und Berlin suchten wir nach Wegen, um Beteiligung interkulturell zu denken und zu gestalten (↪ Kap. 3 und Kap. 4). Schwerpunkte der Ko-Forschung lagen auf

- der Bedeutung des Erzählens für die Ermöglichung und Gestaltung interkultureller Dialog-Räume (↪ Kap. 6),
- Optionen für die crossmediale oder ∞ hybride Dialog-Gestaltung, die analoge und digitale Bausteine kombiniert oder von vornherein zusammendenkt (↪ Kap. 7), und
- möglichen Handlungsfeldern für einen Wandel der institutionellen Rahmenbedingungen in Planungs-verwaltungen (↪ Kap. 8).

Die Ergebnisse, die wir in den folgenden Kapiteln präsentieren, bieten weniger konkrete Handlungsempfehlungen als vielmehr strategische Hinweise für die Organisation von Beteiligung vor Ort.